

LI-Kurier

01/2001

Liebe Freundinnen und Freunde der DGLI,

für mich als Generalsekretär der Deutschen Gruppe ist es eine besondere Freude, Ihnen heute die neueste Ausgabe des *LI-Kuriers* zur Lektüre zu empfehlen. Warum ist die Freude eine besondere? Die Ausgabe wurde in Gänze von unserem Präsidiumsmitglied **Dirk Weissleder** erstellt, der sich seit diesem Jahr auch als Pressesprecher darum bemüht, unsere Deutsche Gruppe besser als bisher öffentlich darzustellen.

Mit diesem Kurier ist ihm dieses bereits hervorragend gelungen. Im Namen des gesamten Präsidiums, insb. aber im Namen unseres Präsidenten, Gerold Dieke, möchte ich ihm hierfür an dieser Stelle mehr als herzlich danken.

Zur kostensparenden Versendung setzen wir auch mit dieser Ausgabe auf das Internet bzw. den eMail-Versand. Dass wir beinahe 40% der Mitglieder auf diesem Wege erreichen, ist einerseits ein echter kostensparender Faktor, andererseits aber auch ein Ausdruck dessen, wie offen die Mitglieder der Deutschen Gruppe für die Nutzung moderner Medien sind.

Auch ein Anreiz für uns, unsere Internetpräsenz unter www.dgli.de noch weiter auszubauen. Unser Webmaster,

Jonas Renz, hat die Seite vor kurzem noch umgebaut, so dass ein Besuch der Seite sicherlich wieder einmal lohnt.

Die diesjährige Mitgliederversammlung wird am ersten Septemberwochenende stattfinden. Unsere Vizepräsidentin Maria-Luisa Warburg hat sich gerne bereit erklärt, sich um die Organisation der Versammlung ebenso wie um ein interessantes und ansprechendes Rahmenprogramm zu bemühen. So fiel dem Präsidium die Entscheidung, **nach Hamburg einzuladen**, sehr leicht. Wer 1995 in Hamburg dabei war, als wir in der Katholischen Akademie getagt haben, ist sicher überzeugt, dass die Entscheidung richtig war.

Dass wenige Wochen später, am 23. September 2001, in Hamburg die Bürgerschaft neu gewählt wird, ist ein weiterer Aspekt der die Wahl untermauert. Jedes liberale Signal kann den Elb-Liberalen aus der außerparlamentarischen Opposition heraus helfen.

Notieren Sie also diesen Termin bereits heute, ein Besuch der Hansestadt lohnt schließlich immer.

Herzliche Grüße aus Berlin
Ihr

Jörg Paschedag

Editorial

Herzlich willkommen bei einer neuen Ausgabe des **LI- Kuriers**, der ersten des Jahres 2001! Herzlich willkommen insbesondere unseren neuen Mitgliedern! Ich freue mich über Ihr starkes Interesse am weltweiten Liberalismus.

Der **LI- Kurier** wendet sich als offizielles Mitteilungsblatt der Deutschen Gruppe der Liberal International und der Liberalen Bewegung für ein Vereintes Europa e.V. an alle Mitglieder und Freunde der DGLI. Er informiert einerseits über aktuelle Entwicklungen des internationalen Liberalismus und andererseits über Neuigkeiten in der Europapolitik, insbesondere der europäischen Einigung.

Neben dem Mitteilungsblatt der DGLI finden Sie (im Aufbau) auf unserer Homepage unter www.dgli.de viele interessante Informationen über unsere Organisation, unsere Aktivitäten, Literaturhinweise und Vieles mehr. Das Angebot wird ständig aktualisiert, so daß ein regelmäßiger Besuch auf unserer Website nicht nur erwünscht, sondern auch sinnvoll ist.

Ich lade Sie ein, bei den Veranstaltungen der einzelnen Sektionen, der Mitgliederversammlung sowie auf der Internetseite unser Gast zu sein. Ich lade Sie zur aktiven Mitarbeit bei der DGLI in jedweder Form ein. Unser Kapital sind das Interesse und das Engagement unserer Mitglieder, Freunde und Förderer. Wenn Sie sich für internationale Politik, Liberalismus und die Europäische Integration interessieren, dann sind sie bei uns genau richtig aufgehoben!

Am 17.02.2001 habe ich in Heilbronn meine Ideen und Vorschläge zur „Kulturentwicklung der Deutschen Gruppe“ vorgetragen, die in Aktivitäten und in Veröffentlichungen dieser Publikation

ihren Niederschlag finden sollen. Das Präsidium verabschiedete aus diesem Anlaß die sog. Heilbronner Erklärung, die Ihnen im Folgenden vorgestellt wird. Die Deutsche Gruppe muß – insbesondere in den einzelnen Sektionen - öffentlich wieder stärker in Erscheinung treten. Ich hoffe dabei auf Ihr Interesse und Ihre Unterstützung.

Das am 17. November 2000 in Oberschleißheim bei München neugewählte Präsidium hat seine Arbeit aufgenommen und einige strukturelle Veränderungen umgesetzt. Es ist also „Leben in die Bude“ gekommen- und das wollen wir für unsere gemeinsame Arbeit zum Wohle aller Mitglieder nutzen. Die DGLI lebt davon, daß sich ihre Mitglieder engagieren! Für Anregungen, Verbesserungsvorschläge und Kritik, insbesondere hinsichtlich Inhalt und Gestaltung des **LI- Kuriers** sowie unserer Internetpräsenz bin ich Ihnen schon heute sehr dankbar.

Das Jahr 2001 wurde übrigens von der EU-Kommission und dem Europäischen Parlament (EP) zum **Europäischen Jahr der Sprachen** unter dem Motto „*Sprachen lernen öffnet Türen – jeder kann es*“ ausgerufen! Ziel dieser Proklamation ist die Förderung der Mehrsprachigkeit sowie das „lebenslange“ Erlernen von Fremdsprachen. Das Jahr folgt dem Grundsatz, alle modernen und alten europäischen Sprachen als festen Bestandteil des europäischen Kulturerbes und der Zukunft Europas zu begreifen.

In diesem Sinne freue ich mich von Ihnen zu hören!

Herzlichst Ihr
Dirk Weissleder
Pressesprecher

Präsidiumssitzung in Heilbronn

Am 17.02.2001 trafen sich die Präsidiumsmitglieder der Deutschen Gruppe im baden-württembergischen Heilbronn. Hierbei wurde von Dirk Weissleder ein Diskussionspapier zur „Kulturentwicklung der Deutschen Gruppe der Liberal International“ vorgelegt. In diesem Zusammenhang verabschiedete das Präsidium die sog. Heilbronner Erklärung zur Menschenrechtssituation in Tansania und in Tschetschenien.

Erstmals wurde eine Präsidiumssitzung mit einer Veranstaltung einer Sektion, hier der Sektion Nordwürttemberg, verbunden. Das Thema der Veranstaltung im Haus des Handwerks lautete „Demokratie und Menschenrechte“, zu der die Sektionspräsidentin Ingeborg Müller im großen Saal zahlreiche Gäste begrüßen konnte.

Frau Margret Mergen, Erste Bürgermeisterin der Stadt Heilbronn sprach ein Grußwort, in dem Sie u.a. von Theodor Heuss sprach, der ebenfalls in Heilbronn gewohnt hatte. Weitere Beiträge lieferten der Vorsitzende des Theodor-Heuss-Freundeskreises Baden-Württemberg e.V., Richard Drantz sowie Richard Wenninger, Altbürgermeister der Stadt Brackenheim. Ein Referat über die Situation der Menschenrechte in der Welt sowie über die Geschichte der Liberal International und der Deutschen Gruppe hielt unser Präsident Gerold Dieke. Zu Gast war übrigens auch die Heuss-Nichte Hanna Frielinghaus-Heuss, die aus der Schweiz angereist war.

Die Veranstaltung war sehr gut besucht und wurde auch von den örtlichen Medien freundlich besprochen. Das Konzept, Präsidiumssitzungen mit Aktionen in den Sektionen zu verbinden, hat sich somit als sinnvoll und erfolgreich erwiesen!

Heilbronner Erklärung

Presseerklärung des Präsidiums vom 17.02.2001:

Heilbronn (dgli): Auf seiner ersten Sitzung in diesem Jahr hat sich das Präsidium der Deutschen Gruppe der Liberal International (DGLI) u.a. mit der derzeitigen politischen Situation in Tansania beschäftigt. Das Gremium verurteilte die extrem gewalttätigen Übergriffe der tansanischen Ordnungskräfte unter Präsident Amani Abeid Karume auf den Inseln Pemba, Sansibar, Mafia und der Hafenstadt Dar-es-Salaam auf Mitglieder der Opposition.

Seit der Erhebung der Opposition vor einigen Wochen wurden insgesamt 37 Menschen getötet und über 350 Demonstranten verhaftet, darunter zeitweise ebenfalls der Präsident der oppositionellen Civic United Front (CUF), Ibrahim Huruna Lipumba. Die CUF ist Mitgliedspartei im Weltverband der Liberal International.

Die Unruhen waren nach den Präsidenten- und Parlamentswahlen vom 29.10.2000 ausgebrochen, nachdem es zu offensichtlichen Unregelmäßigkeiten bei der Stimmabgabe gekommen war. Die Opposition spricht daher von einem „gestohlenen“ Urnengang und fordert Neuwahlen. Die Regierung verbietet indes jegliche öffentlichen Versammlungen. Tausende von Flüchtlingen haben sich in Camps in Kenia zusammengefunden, Menschenrechtsorganisationen halten eine baldige Rückkehr nach Tansania für unwahrscheinlich.

Das Präsidium der Deutschen Gruppe fordert von der tansanischen Regierung die Achtung der Menschenrechte, insbesondere das Recht auf Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat, die Gewährung des Versammlungsrechts

sowie die Freilassung der unschuldig inhaftierten Mitglieder der CUF u.a..

Das DGLI-Gremium missbilligte ebenfalls die Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien und forderte die Regierung in Moskau auf, eine friedliche Lösung des Konflikts zu suchen.

Die Mitglieder des Präsidiums stimmten darin überein, dass die Wahrung der Menschenrechte Öffentlichkeit benötigten. Aus diesem Grunde schloss sich nach der Sitzung ein gemeinsamer Besuch der Veranstaltung „**Demokratie und Menschenrechte**“ der Sektion Nordwürttemberg an, das unter Federführung der Sektionspräsidentin Frau Ingeborg Müller aus Besigheim im Haus des Handwerks in Heilbronn organisiert wurde.

Ein Leuchtturm für die Freiheit

Erste Gedanken für eine Kulturentwicklung der Deutschen Gruppe der Liberal International

Rede des Pressesprechers vor den Mitgliedern des Präsidiums am 17.02.2001 in Heilbronn.

Sehr geehrte „Kolleginnen“ und „Kollegen“ des Präsidiums, liebe Sektionspräsidenten, liebe Mitglieder,

seit fast genau drei Monaten habe ich mir Gedanken über eine mögliche Kulturentwicklung der Deutschen Gruppe der Liberal International gemacht. Viele Gespräche in unterschiedlichste Richtungen habe ich dabei geführt, umfangreiche Recherchen, z.B. über liberale Parteien und Organisationen weltweit, - insbesondere über Internet – kamen hinzu. Ich war beeindruckt von sehr interessanten Veröffentlichungen in alten LI-Kurieren und den Aktionen vergangener Jahre. Dabei stieß ich ebenfalls auf zwei meinem Ansinnen vergleichbaren Denkansät-

zen, die ich hier der Fairness halber gerne nennen möchte. Es sind die Beiträge „Konzept für ein neues Erscheinungsbild der DG(d)LI zur Werbung neuer Mitglieder“ (etwa 1997) von Jan Burdinski (1 Seite) sowie Thorsten W. Webers „Thesenpapier zur zukünftigen Strategie der DGLI“ (etwa 1998; 4 Seiten).

Ich mache mir diese Gedanken zu eigen, weil sie in Vielem genau meiner Ansicht entsprechen und ich ihre Analyse für folgerichtig, ihre Vorschläge gerade heute für sinnvoll halte.

Bevor ich hierzu in einem gesonderten Papier Stellung nehme, erlauben Sie mir, einige grundsätzliche Bemerkungen zu machen.

Die Deutsche Gruppe ist seit 1954 die älteste Vertretung des deutschen Liberalismus in der Weltorganisation Liberal International.

In bald einem halben Jahrhundert seiner Existenz hat die Deutsche Gruppe manche Veränderungen durchlebt, manche Krisen gemeistert.

Die derzeitige Situation ist indes anders gelagert.

Organisationen, Institutionen, Parteien und Verbände haben heute nicht wirklich nur unter vermeintlichem Desinteresse zu leiden. Sie treten vielmehr in einen „Kampf um Aufmerksamkeit“ gegen das Fernsehen und andere Produkte der multimedialen Welt an. Die Arbeitsbelastungen der Menschen haben sich gewandelt, lieber verbringt man gemeinsame Zeit mit der Familie, als sich mit scheinbar abstrakten Inhalten zu befassen. Politik ist komplexer, die Vermittlung politischer Inhalte schwieriger geworden.

Die Deutsche Gruppe steht mit ihren Problemen, Menschen zu erreichen, nicht alleine, insbesondere dann nicht, wenn es um die Ansprache von jungen Menschen geht. Um es klar zu sagen: unsere politischen und kulturellen Inhalte können wir nicht über Werbe-

spots, Anzeigen oder Materialschlachten schöner, schönster und farbigster Prospekte transportieren. Dafür fehlt uns nicht nur das Geld ...

Also: Wir müssen präsent sein, -- in den einzelnen Regionen und Sektionen, wir müssen präsent sein in den Medien!

Insbesondere in den neuen Bundesländern gilt es, für die Idee des politischen Liberalismus zu werben und zu streiten! Nur so lassen sich neue Mitglieder – auch in den alten Bundesländern natürlich – gewinnen.

Nur durch aktives Auftreten können wir Menschen für die Idee der Freiheit interessieren, informieren und für unsere Ziele begeistern.

Aber: Wir müssen unseren Mitgliedern auch etwas bieten können: interessante Kontakte, spannende Veranstaltungen und prägnante Informationen zu internationaler Politik, zu Liberalen weltweit sowie der Entwicklung der Europäischen Einigung. Die DGLI ist dabei ein besonderes Netzwerk, das es lediglich zu aktivieren gilt.

Und: Wir haben diese Inhalte. Wir haben etwas zu bieten! Wir haben Standpunkte! Wenn jeder von uns ein wenig dazu tut, dann können wir diese Inhalte auch deutlicher in der Öffentlichkeit platzieren.

Fest steht für mich: Wir müssen junge Leute, Frauen und Männer, gewinnen, damit die Arbeit der Generationen vor uns auch fortgeführt werden kann.

Das Spektrum der DGLI ist weiter als das anderer liberaler Vorfeldorganisationen! Wir werden der F.D.P. keine Konkurrenz machen – warum auch?

Wir wären doch töricht, würden wir es tun!

Auch wenn wir keine greifbare politische Macht haben, so können wir doch Einfluss nehmen: wir haben die Chance, Themen außerhalb der Tagespolitik anzusprechen, zu diskutieren und somit über den nationalen Tellerrand zu schauen. Aus diesem Grunde halte ich

die Eigenständigkeit der Deutschen Gruppe im Weltverband der Liberal International für etwas sehr Wertvolles! Der LI-Kurier ist ein wichtiges Instrument, unserem Ansinnen Gehör zu verschaffen, — Veranstaltungen in den einzelnen Sektionen sind ein anderes, ein sehr sehr wichtiges.

Im Vergleich zu allen bisherigen Entwicklungen in der Vergangenheit hat die Deutsche Gruppe mit ihrer Website (www.dgli.de) jedoch eine neuartige Bühne erworben, Mitglieder und Interessierte zu erreichen, die bislang nur wenig zur Ansprache genutzt wird!

Ich werde mich neben redaktioneller Mitarbeit am LI-Kurier und der regelmäßigen Veröffentlichung von Presseerklärungen damit beschäftigen, unsere Internet-Seite mit Inhalten zu füllen, die von jedem/jeder Interessierten wo und wann immer abgerufen werden kann. Dabei steht für mich die Information über liberale Parteien weltweit im Vordergrund.

Das Internet ist das liberale Medium par excellence!

Die politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Dimensionen dieses Informations- und Kommunikationsmittels sind noch gar nicht wirklich einzuschätzen.

Unsere Mitgliederversammlung im Herbst sollten wir übrigens unter das Motto „Internet und Liberalismus“ stellen. Ich nenne dabei nur die Gefahr der „digital divide“ und der Beschneidung der freien Meinungsäußerung im Netz (vgl. Blue Ribbon Campaign) als unliberale Themenbereiche.

Das Internet ermöglicht dem Präsidium untereinander sowie zu den einzelnen Mitgliedern schnell in Kontakt treten zu können – und der Anteil derer im Internet steigt! Das Internet ermöglicht uns eine völlig neue Form der Mitgliederpflege!

Dies alles sind Vorschläge, die ich Ihnen in einer kleinen Zusammenstellung näher bringen möchte (siehe dazu weiter hinten).

All dies ist jedoch nicht nur von einigen Wenigen zu schaffen. Wir brauchen die gegenseitige Unterstützung, die Mitarbeit und Motivation, die Hilfe möglichst aller

– nicht nur zeitweise und nüchtern, sondern dauerhaft und leidenschaftlich.

Jede und Jeder möge sich nach seinem zeitlichen Vermögen und seinen inhaltlichen Vorlieben einbringen, so gut es geht.

Dafür ist es wichtig, eine offene Kommunikation zu pflegen – ein wahrhaft liberales Ansinnen, wie ich meine.

Dabei wollen wir für die Mitglieder und für die Öffentlichkeit **ein Leuchtturm der Freiheit** im wilden Meer einer globalisierten Welt sein: kritisch, standfest, engagiert, offen und liberal.

Ich hoffe, die Deutsche Gruppe spielt auch weiterhin einen aktiven Part im weltweiten Verbund liberaler Parteien in der Liberal International.

Dafür brauchen wir einander – jeden Einzelnen! Und auch wenn es für diese ehrenamtliche Kärnerarbeit einen goldenen Pflug nicht zu gewinnen gibt – ich bin mir sicher: die Mühe lohnt sich!

Vielen Dank!

Internationale Politik

Seit der Vereidigung von George W. Bush als 43. US-Präsidenten wartet die Welt, insbesondere die europäischen Verbündeten auf erste aussenpolitische Signale der neuen amerikanischen Administration. Die Europäer befürchten stärkere isolationistische

Tendenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik unter dem neuen Chef des State Department, Colin Powell. Erste Aussagen zur Sicherheitspolitik der neuen Regierung über dem Aufbau eines neuen umfassenden Raketenabwehrsystems gegen sog. „Schurkenstaaten, trotz des „uralten ABM-Vertrages“ von 1972 (so der neue Verteidigungsminister Donald Rumsfeld) riefen Erinnerungen an die ursprünglich unter Ronald Reagan begonnene Star-Wars-Strategie ins Gedächtnis zurück. Insbesondere die Reformstaaten in Ost- und Südosteuropas befürchten nunmehr ein Abwenden der amerikanischen Politik von ihren (Sicherheits-) Interessen. Das Verhältnis zu Rußland dürfte sich deshalb in den kommenden Monaten als schwierig gestalten, weil George W. Bush weitere Kredite an „strukturelle Veränderungen“ in Rußland bindet. Es bleibt daher abzuwarten, wie das erste offizielle Treffen der Präsidenten Bush und Putin „atmosphärisch“ verlaufen wird.

Internationaler Strafgerichtshof

Als ein politisches Vermächtnis der Ära Bill Clintons dürfte seine Unterzeichnung des Statuts über den ersten Internationalen Strafgerichtshof (ICC) angesehen werden. Diese Institution soll einmal weltweit Kriegsverbrechen und Völkermord ahnden können. Clinton hatte den Vertrag am 31.12.2000 kurz vor Fristablauf unterzeichnet. Nun muß lediglich der Senat zustimmen, was derzeit jedoch als schwierig eingeschätzt wird. Auch Clinton selbst konnte dem Kongress die Ratifizierung nicht ohne Bedenken empfehlen. Das Abkommen müsse vielmehr verändert werden: Politisch motivierte Anklagen gegen Soldaten oder Vertreter der USA müßten verhindert werden. Das internationale Gericht war im Sommer 1998 in Rom von rund 160 UN-Mitgliedsstaaten beschlossen worden

und soll in etwa zwei Jahren in Den Haag seine Arbeit aufnehmen. Bislang haben bereits 139 Staaten das Statut fristgerecht unterzeichnet.

Europa

Nach dem Ende der französischen Ratspräsidentschaft mit dem EU-Gipfel in Nizza herrscht in der öffentlichen Diskussion größtenteils Uneinigkeit über die Bewertung der dort getroffenen Entscheidungen der Mitgliedsstaaten. Einerseits wurde die Verabschiedung Charta der europäischen Grundrechte als großer Schritt voran gepriesen, andererseits wurde darauf verwiesen, daß die EU-Organe weiterhin an einem eklatanten Demokratie-defizit leiden. So ist z.B. für das Inkrafttreten des Vertrages von Nizza eine Zustimmung des Europäischen Parlaments in Straßburg überhaupt nicht notwendig, das Haus hat kein Recht zur Ratifizierung.

Die 15 Staats- und Regierungschefs einigten sich in Nizza u.a. darauf, bis zum Jahr 2004 eine Vereinbarung zustande zu bringen, mit der die Kompetenzen zwischen der Union und den einzelnen Nationalstaaten abgegrenzt werden sollen. Dieses dürfte sich allerdings als äußerst schwierig erweisen, verfolgen doch die heute 15 Mitgliedsstaaten unterschiedliche Konzeptionen. Bereits bei der ersten Stufe der Osterweiterung kommen mindestens fünf Länder hinzu, später könnten es insgesamt 27 Mitglieder sein! Die zukünftige Gestalt des „Europäischen Hauses“ bzw. der Europäischen Union bleibt bislang noch sehr unklar. Mit Sicherheit dürfte Europa auch in den kommenden Jahren eine Dauerbaustelle bleiben.

Unbeantwortet blieb in Nizza auch die Frage nach Ausdehnung der Mehrheitsabstimmungen auf die Innen- und Justizpolitik. Hierbei sollen Abstimmungen im Ministerrat in der Regel mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden. Auch wurde keine Einigung über das Prinzip der „doppelten Mehrheit“ gefunden, nach dem zur Mehrheit der Staaten ebenfalls die Mehrheit der Bevölkerung treten muß. Insgesamt gingen keine großen Impulse von der Konferenz am Mittelmehr aus, zu stark waren die innenpolitischen Querelen zwischen Präsident Chirac und Premierminister Jospin. Die französische Präsidentschaft wurde insgesamt als nicht so harmonisch wahrgenommen, viele, gerade kleinere Mitgliedsstaaten fühlten sich durch die harsche Leitung des Präsidenten der Republik brüskiert, der u.a. kurzfristig Verhandlungstermine als „unnötig“ absagte. Wieder einmal hatte sich gezeigt, daß vielen Staats- und Regierungschefs das nationale Hemd näher ist als die „europäische Hose“. Vielfach werden kurzfristige nationale Interessen zum Schaden einer langfristigen Vision durchgesetzt. Ganz pragmatisch spricht man daher heute bereits von einem „Nach-Nizza-Prozeß“, um sich den Herausforderungen (so z.B. die endgültige Überwindung der Teilung Europas u.a. durch die Erweiterung der Gemeinschaft nach Osten, die Umsetzung einer neuen Landwirtschaftspolitik, Kompetenzabgrenzung zwischen EU, Nationalstaaten und Regionen sowie das Verhältnis zur neuen Administration in den USA) stellen zu können. Der bereits unterzeichnete Vertrag von Nizza wurde – ein Novum – übrigens mit einem „Haltbarkeitsdatum“ versehen. 2006 soll eine Regierungskonferenz ein neues, reformiertes Vertragswerk vorlegen.

Am 01. Januar 2001 übernahm erstmals das Königreich Schweden den Vorsitz im Rat der europäischen Staats- und Regierungschefs. Der 1995 der Europäischen Union beigetretene Mitgliedsstaat im Norden Europas unter Führung von Ministerpräsi-

dent Göran Persson setzt sich für eine „Vision einer offeneren Union“ ein. Beim abschließenden Gipfel im Juni in Göteborg soll ein „e-Europe“-Dokument verabschiedet werden, das die Entwicklung zur wissensbasierten Gesellschaft anstoßen soll, wonach jedem Unionsbürger die neuen Kulturtechniken, insbesondere das Internet leicht zugänglich gemacht werden sollen (education). Hinzu treten die Bereiche Erweiterung der Gemeinschaft (enlargement), der Beschäftigungspolitik (employment) sowie des Umweltschutzes (enviroment).

Auf dem Zwischengipfel am 23./24.03.2001 waren die Regierungschefs in Stockholm aufgerufen, über die demographischen Veränderungen, insbesondere über die sinkenden Geburtenzahlen in Westeuropa zu beraten. Überschattet wurde das Treffen jedoch von den Themen BSE sowie der Maul- und Klauenseuche (MKS), die ein besorgniserregendes Ausmaß erreicht hatte und die Notwendigkeit einer abgestimmten „europäischen Innenpolitik“ deutlich vor Augen führte. Auch die Auseinandersetzungen in Mazedonien war ein Gesprächsthema bei der Zusammenkunft der Europäischen Union. Die anvisierte vollständige Liberalisierung der europäischen Energiemärkte für Strom- und Gas ist indes momentan ins Stocken geraten, so dass hier kein freier Wettbewerb herrscht. Hier hatte insbesondere Frankreich auf die Bremse getreten. Geeinigt haben sich die Staats- und Regierungschef der EU allerdings auf die Schaffung des Binnenmarktes für Wertpapiere und Versicherungen bis zum Jahr 2005. Besonderer Gast des EU-Gipfels in der schwedischen Hauptstadt war der russische Präsident Wladimir Putin, der aufgefordert wurde, die ehemalige Sowjetwirtschaft umzubauen.

Schweden, das nun den Vorsitz im Rat inne hat, gilt als sehr weltoffen, jedoch als „Euro-allergisch wie eh und je“ (FAZ). Das Land hatte seinerzeit trotz Unterschrift unter den Vertrag von Maastricht die Gemeinschaftswährung nicht eingeführt. Grund dafür dürfte die weit verbreitete Skepsis gegenüber einer undurchsichtigen Europa-Bürokratie in Brüssel sein. Bei der Volksabstimmung 1994 (mit einer Wahlbeteiligung von 80%) entschieden sich 52,3 % für und 46,8 % der Wahlbürger gegen einen EU-Beitritt. *„In Schweden ist die EU (heutzutage und in der jüngsten Vergangenheit) kein rotes Tuch für Rechte, sondern für Linke. Der EU-Beitritt drängte die Sozialdemokraten, seit Jahrzehnten die bestimmende Kraft im Land, in die Rolle von Beharrungskünstlern und Bedenkenträgern. Sie konnten es nicht einfach zulassen, dass europäische Bindungen die Exklusivität ihrer Neutralitätspolitik aushöhlen, dass kontinentaler Individualismus ihren nordischen Kollektivismus untergräbt, ...“* ... *„Etwa zehn Jahre vor dem Beitritt, Mitte der achtziger Jahre, hatte die Liberalisierung der Kapitalmärkte die Abschottung des Landes schleichend ausgehöhlt, bis mit einer Rezession Anfang der neunziger Jahre alles über Schweden hereinbrach: Bankenkrise, Arbeitslosigkeit, Staatsschulden. Die Isolation, Jahrzehnte als Erfolgsrezept gefeiert, erwies sich als Illusion. Sie wurde über Nacht von denselben Sozialdemokraten abgeworfen, die kurz zuvor noch die Vorteile des skandinavischen Sonderlebens geschworen hatten.“* [Jasper von Altenbockum: Europäische Brötchen mit dem Teig der Innenpolitik, in: FAZ vom 28.12.2001].

Die schwedische Ratspräsidentschaft ist im Internet unter www.eu2001.se erreichbar.

Deutschland und Frankreich

Im Vorfeld der französischen Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr erfährt das Thema Europa in der Französischen Republik innenpolitische Brisanz. Deutschland und Frankreich, die beide ein existentielles Interesse am Vorankommen Europas haben, scheinen momentan Probleme in der gegenseitigen Abstimmung zu haben. Als Charakterisierung der gegenwärtigen Situation wird ein Kommentar des Mitherausgebers der FAZ Günther Nonnenmacher zu den deutsch-französischen Konsultationen in Straßburg wiedergegeben: Ein Programm für Straßburg: ... *„Die deutsche Politik ist im Verhältnis zu Paris immer in der Gefahr, mißverstanden zu werden: Redet sie emphatisch von einem föderalen Europa, befürchtet man in Paris, da solle die alte und große französische Nation in einem Verbund aufgelöst werden, in dem die Deutschen (oder die Deutschsprachigen) schon aus demographischen Gründen die Oberhand hätten. Plädieren Deutsche aber für einen Rückbau der Integration (wie Stoiber), oder tilgen sie aus ihrem Programm das Ziel der „Vereinigten Staaten von Europa“ (wie die CDU noch zu Kohls Zeiten), dann kommt die Befürchtung auf, Deutschland wolle ausscheren, weil es sich stark genug fühle – vielleicht zusammen mit Amerika und/oder Rußland --, dem alten Kontinent seinen Willen aufzuzwingen. Kommen aus Berlin keine europapolitischen Impulse, wird das als Desinteresse beklagt; äußert der Bundeskanzler jedoch Führungswillen, so fühlt sich Paris übergangen, gibt sich verärgert und schaltet auf ein Minimalprogramm um.“* „Aus diesem Dilemma“, so Nonnenmacher weiter, *„führt kein Königsweg heraus, sondern nur mühsame Kleinarbeit.“* ... [FAZ vom 29.01.2001].

Anzumerken ist, dass auf dem deutsch-französischen Arbeitstreffen Anfang Februar in Straßburg zwischen den Regierungen vereinbart wurde, die deutsch-französischen Konsultationen nunmehr alle sechs Wochen und nicht wie bisher alle sechs Monate stattfinden zu lassen.

Deutschland und Europa

Zum Jahreswechsel 2000/2001 wurden in Deutschland mehrere akute BSE-Fälle bekannt, was eine grundsätzliche Diskussion über Massentierhaltung und Verbraucherschutz in Deutschland und der Gemeinschaft zur Folge hatte. Die Europäische Kommission unter Romano Prodi will die derzeitige Situation dazu nutzen, eine neue Agrarpolitik umsetzen. Die sog. Brüsseler Formel lautet hierbei weniger Geld für Erhaltungssubventionen, mehr Spielraum für eine zukunfts- und leistungsorientierte Förderung, nicht nur der Landwirtschaft allein, sondern für den gesamten ländlichen Raum. Im Frühjahr wurde die Tötung von rund 1,5 Millionen Rindern zur Marktbereinigung innerhalb der EU beschlossen. Die Maul- und Klauenseuche erforderte insbesondere in Großbritannien die Tötung tausender Kühe und Schafe.

Frauen in der Armee

Anfang Januar 2001 rückten in Deutschland die ersten 244 Frauen als (freiwillige) Soldatinnen zur Grundausbildung bei Heer, Marine und Luftwaffe ein. Obwohl es sich dabei um nur 1,1 Prozent der neu Eingezogenen handelte, war dies ein Ereignis, das medial intensiv begleitet wurde. Möglich geworden war dies durch die Klage der heutigen Elektro-Ingenieurin Tanja Kreil aus Hannover, in der sich diese auf Gleichbehandlung nach der europäischen Gleichstellungsrichtlinie berief. Sie obsiegte vor dem Europäi-

schen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg und danach stand fest, dort wo Männer sind, dürfen auch Frauen sein und sei es mit der Waffe in der Hand. Das Urteil machte den Weg frei für Frauen in den deutschen Streitkräften. Europäisches Recht hatte somit dem nationalen Recht „auf die Sprünge geholfen“.

Nicht unerwähnt sollte bleiben, daß relativ zeitgleich die Bundes-F.D.P. sich auf einem Sonderparteitag wegen mangelnder Wehrgerechtigkeit („Wer wird gezogen und wer nicht“) für ein Aussetzen der allgemeinen Wehrpflicht (für Männer) ausgesprochen hatte. Möglicherweise steht uns ein Wandel von der Wehrpflichtigen- zur Berufsarmee bevor.

Griechenland in der EWWU

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt trat Griechenland am 01.01.2001 der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) bei. Griechenland wird somit bei der Einführung des Euro 2002 dabei sein und zu diesem Zeitpunkt die Drachme als älteste Währung Europas, die schon in der Antike als Zahlungsmittel diente, ablösen. Griechenland erwartet mit diesem Schritt endlich Preisstabilität und erhebliche Wachstumsimpulse für die heimische Wirtschaft. Kaum jemand glaubte noch vor zwei Jahren, Griechenland werde die strengen Maastricht-Kriterien erfüllen; die Inflation lag bei 10,3 % und das Haushaltsdefizit entsprach 7,6 % des Bruttoinlandsproduktes. Der Regierung unter Premierminister Costas Simitis gelang es jedoch, die griechische Wirtschaft auf Euro-Kurs zu bringen. Eine Ausnahme bildete indes die Gesamtverschuldung, die jedoch auch in Italien und Belgien höher als bei den maximal erlaubten Schuldenständen lag.

Ungarn und die EU

Im Zusammenhang der Osterweiterung der Europäischen Union hat die ungarische Regierung verlauten lassen, sie wolle ihren Beitritt zur EU schon 2003, spätestens aber 2004 verwirklichen.

Belgien folgt Schweden

Den Vorsitz im Rat der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union übernimmt am 01. Juli 2001 das Königreich Belgien vom Königreich Schweden.

Der Europarat

Die beiden transkaukasischen Republiken Armenien und Aserbaidschan wurden am 25. Januar 2001 vom Europarat in Straßburg als 42. und 43. Mitglied aufgenommen. Gleichzeitig beschloß die Versammlung des Europarates der Bundesrepublik Jugoslawien nach den insgesamt demokratisch verlaufenden Parlamentswahlen vom Dezember 2000 den Gaststatus zur Vorbereitung auf die Vollmitgliedschaft im Europarat zuzuerkennen. Damit arbeiten sieben Landesvertreter in diesem Gremium mit, ohne jedoch über ein Stimmrecht zu verfügen. Schon 1989 hatte das Land den Gaststatus erhalten, 1992 wurde er wegen des Krieges gegen die früheren Teilrepubliken wieder aberkannt.

Europäische Bewegung Deutschland

Delegiertenversammlung im Haus der Wirtschaft in Berlin am 14.02.2001

Auf Vorschlag des Vorstandes der Europäischen Bewegung Deutschland wurde Frau Dr. Monika Wulf-Mathies (*17.03.1942 in Wernigerode/Harz) als Nachfolgerin von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse zur Präsidentin der EBD gewählt. Die 59-jährige Wulf-Mathies war ehemals Chefin der ÖTV

sowie Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig für Regionalpolitik sowie den Ausschuß der Regionen.

Im Anschluß an die Delegiertenversammlung war Bundeskanzler Gerhard Schröder, als erster deutscher Regierungschef in diesem Gremium, zu Gast. Der Bundeskanzler bezeichnete die Europäische Einigung als Erfolgsgeschichte, die allerdings zu wenig Verankerung im Volk fände. Dabei dürfe die Politik Europa nicht einfach verordnen, sondern müsse die Menschen mitnehmen in ein integriertes Europa der Zukunft.

Schröder bezeichnete die Europäische Union als ein konkretes Aufbauprojekt und weniger als Thema in elitären Diskussionszirkeln. Er sei davon überzeugt, daß mit der Einführung des Euro als Münzwährung „Europa handgreiflicher“ werde. Deutschland habe ein elementares wirtschaftliches, politisches und kulturelles Interesse an Europa. Er versprach, die Arbeit der Europäischen Bewegung Deutschland zu unterstützen. Sprachs und war nach gut 30 Minuten wieder verschwunden.

Zur diesjährigen Preisträgerin des „Preises Frauen Europas- Deutschland“ 2001 ist Frau Philomena Franz bestimmt worden. Die Verleihung des Preises fand am 07.03.2001 in der Französischen Friedrichstadt Kirche in Berlin statt.

Sitz der **Europäischen Bewegung Deutschland**, bei der die Deutsche Gruppe der Liberal International Mitglied ist, ist das Jean-Monnet-Haus, Bundesallee 22, 10717 Berlin, Tel.: 030- 88412245, Fax: 030- 88414247, E-Mail: ebd_berlin@yahoo.de

Einer der drei Ehrenpräsidenten ist übrigens Altbundespräsident Walter Scheel, einer der acht ordentlichen

Mitglieder ist Prof. Dr. Helmut Haussmann, MdB sowie einer der vier ständigen Gäste der ehemalige Bundesaußenminister Hans- Dietrich Genscher.

Liberal International im Überblick

Die im April 1947 in Oxford (England) gegründete internationale Vereinigung liberal Gesinnter Personen und Organisationen hat aktuell weltweit 89 Mitglieder, davon sind

56 Mitgliedsparteien und Organisationen aus 38 Ländern,

25 Mitglieder mit Beobachterstatus aus 22 Staaten sowie

acht sog. „Kooperierende Organisationen“.

Derzeitige Präsidentin der Liberal International ist die (niederländische Außenministerin) Annemie Neyts-Uyttebroeck. Ihr Vorgänger ist der derzeitige EU-Kommissar für den Binnenmarkt, der Belgier Frits Bolkestein.

Generalsekretär der liberalen Weltorganisation mit Sitz des Hauptquartier der Liberal International in London ist Jan Weijers [vgl. www.weijers.net; jan@worldlib.org]. Programme Officer ist die Italienerin Federica Sabbati [federica@worldlib.org], zum Leiter des Human Rights Project wurde der Niederländer Jasper Veen bestellt [jasper@worldlib.org].

Deutschland ist in der Liberal International mit der F.D.P., der Deutschen Gruppe (seit 1954) als Mitgliedspartei sowie über die Friedrich-Naumann-Stiftung als Kooperierende Organisation vertreten.

[aktuelle Informationen unter: www.worldlib.org; The London Aerogramme, Issue No. 39, January 2001, page 2.]

Im vergangenen Jahr fand im kanadischen Ottawa der 50. Liberal International Congress statt. Nach einer Pause in diesem Jahr trifft sich im März 2002 in Budapest (Ungarn) die Liberal International zu ihrem nächsten internationalen Kongress.

Die Deutsche Gruppe, 1954 u.a. von dem damaligen Bundespräsidenten Prof. Theodor Heuss sowie Prof. Dr. Hans Reif und Prof. Dr. Meinike gegründet, ist nach dem Zweiten Weltkrieg die erste deutsche Vertretung innerhalb einer internationalen liberalen Organisation gewesen.

Nachtrag zum 50. LI- Kongreß vom 26. bis 28. Oktober 2000 in Ottawa, Canada

Im folgenden finden sich kurze Auszüge aus drei Reden, die auf dem Kongreß in Ottawa gehalten wurden; sie geben einen guten Eindruck von der Bedeutung des internationalen Liberalismus. Die gesamten Reden findet sich unter:

<http://www.worldlib.org/li/congress/ottawa/index.html> .

Auszug aus der Rede des ehemaligen LI-Präsidenten Frits Bolkestein, EU- Kommissar für den Binnenmarkt

... „Liberalism is the ideology of the future. What is an "ideology"? It is not a fixed and static thing. It is not a catechism of frequently asked questions with fixed answers. Ideology is a set of values and ideas arranged in a coherent pattern. Values and ideas that can be explained to the voter and may be implemented in government.

Liberal ideology is built around the individual. It is not the ideology of egoism. It believes that the individual is the building block of society and that individual freedom is therefore essential

for a free society. Liberalism believes that by giving the individual the freedom to be creative, to build, to develop, and thus to benefit from the fruits of his own labour the maximum of wealth can be created for the greatest number of people. Liberals look at government and all authority with a healthy degree of suspicion.

But let us not forget the important challenges that liberalism will face in the new century. There are many countries around the world where political instability threatens the development of liberal democracy. People living in those countries are often denied even their most basic rights. Their freedom of thought and speech is suppressed by religious fundamentalism and political dictatorship. Liberal International can play an important role in providing intellectual support for liberal forces in those countries. ... Liberty counts for nothing without peace. Liberal International must continue to push for peace with all the means at its disposal. Liberals in office should use their influence to promote issues such as the non-proliferation of nuclear arms and much stricter controls on the export of weapons.“ ...

Auszug aus der Rede von Hans Dijstal, Parteichef der liberalen Partei der Niederlande (VVD)

... „The world is growing more and more liberal before our eyes. New information and communication technology helps increase the freedom of the individual, leads to greater interweaving of economies and makes the market processes of supply and demand more transparent.“ ... In a nutshell, my conclusions are:

There is a world to be won for liberalism

There is a world to be won through liberalism.

Globalisation and technological progress are not threats.

They facilitate and support social emancipation and liberalisation.“

Auszug aus der Rede von Guy Verhofstadt, Premierminister des Belgischen Königreichs und Chef der VLD

... „As liberals and democrats we live in the most liberal and democratic world of all times. Never before in history were there so many democracies. Countries all over the world have chosen to go the twin paths of democracy and freedom. They have based their political regime on individual rights and liberties, on written constitutions, on parliamentary representation, on independent parties and on a delicate system of checks and balances destined to make the executive, the legislative and the judicial powers work without abusing the rights and liberties of citizens.

This growth of democracies on a world scale is without any precedent. It puts us in a completely new world, democrats and liberals alike. Never before did we live in a more democratic world. Never before did we live in a more liberal world, whether liberal parties are in government or not. These liberal and democratic changes have taken place in the turmoil of two breathtaking revolutions, turning the world upside down. One change was political in nature, the other is based on economics and technology.“ ...

... Liberal parties today have the great opportunity of living and growing in a liberal world. The world today is based on liberal values and liberal virtues. Free markets and political democracy proved to be the winning team of the century and the major forces of global change. Freedom and equality - the basic values of liberalism and democracy - are everywhere.“ ...

Liberale international

Liberale Parteien weltweit

Unabhängig von Ihrer Mitgliedschaft (siehe Angabe in Klammern) in der Liberal International finden sich unter dieser Rubrik Informationen über Entwicklungen und Veränderungen liberaler Parteien weltweit. Die Redaktion würde gerne an dieser Stelle Portraits über liberale Parteien in der ganzen Welt veröffentlichen. Beiträge hierzu sind herzlich willkommen!

Liberale Parteien in Brasilien, Argentinien und Uruguay

Die brasilianische Federal Liberal Party (PFL) trat vor einiger Zeit wegen ihrer Nähe zur portugiesischen PSD und der spanischen PP aus der LI aus, sieht sich selbst jedoch als „100%“ liberale Partei“. Die Jugendorganisation der PFL ist weiterhin Mitglied der IFLRY.

Der Parteichef der argentinischen Republican Action Party, Domingo Cavallo, beabsichtigt eine Mitgliedschaft seiner Partei in der Liberal International.

In Uruguay gibt es die Colorado Party (sog. „Liste 19“) sowie die Ultimas Noticias, beide sind jedoch noch keine Mitglieder im liberalen Weltverband. Erste Gespräche in dieser Richtung haben bereits stattgefunden. [Worldlib-News issue 194, 16.01.2001].

Andorra

Die Parlamentswahlen des kleinen Fürstentums Andorra im März 2001 haben die regierende Liberale Partei bestätigt. Sie erhielt 15 der insgesamt 28 Sitze und stellt weiterhin mit Marc Forne (54) den Ministerpräsidenten [HAZ vom 06.03.2001].

Japan

Die japanische LDP, letztlich die konservative Partei des Landes, ist nicht Teil der liberalen Weltorganisation, trotzdem hierzu einige Informationen:

Die regierende japanische Liberaldemokratische Partei (LDP) unter Ministerpräsident Yoshiro Mori wird momentan von Skandalen sowie der Banken- und Wirtschaftskrise gebeutelt. War im vergangenen April 2000 Mori zum Nachfolger für den schwerkranken und kurz danach verstorbenen Ministerpräsidenten Keizo Obuchi gewählt worden, so gerät der neue Regierungschef nunmehr unter Druck. Voraussichtlich Ende Juli dürften Oberhauswahlen abgehalten werden. Die Chancen der LDP werden durch die schwache Konjunktur, durch verbale Entgleisungen des Regierungschefs sowie nunmehr dreier Rücktritte infolge eines Skandals in nur 10 Monaten Amtszeit Moris als erschwert angesehen.

Zwei Minister der LDP wurden unter Korruptionsverdacht festgenommen. Dabei ging es um Verbindungen zu einer Stiftung namens KSD, die Unfallversicherungen vertreibt, letztlich aber Gelder an die Partei zurückfließen ließ. Ein Finanzskandal im Außenministerium belastet zusätzlich die Regierungsarbeit in Tokio. Der neue Wirtschaftsminister Taro Aso soll indes der Wirtschaft des Landes neuen Schwung geben. Mit einem Wachstum von voraussichtlich etwa 1% bleibt es weit unter den Erwartungen zurück, insbesondere die Industrie durchleidet einen schmerzhaften strukturellen Wandel. Der einstige Motor der Weltkonjunktur macht mehr und mehr Sorgen.

Rumänien

Am 17.02.2001 fand im in Bukarest der erste Kongreß der Partidul National

Liberal (PNL) nach den Präsidentenwahlen in Rumänien statt, bei denen der liberale Präsidentschaftskandidat Teodor Stolojan der PNL 7% der Stimmen erringen konnte.

Teilnehmer des Kongresses kritisierten die regierende post-kommunistische PDSR unter Präsident Ion Iliescu und Premierminister Adrian Nastases als „zweigesichtig“: Einerseits spreche sie von einer Zukunft des Landes in der Europäischen Union auf Basis von Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlicher Reformen, andererseits gebe es aber auch Hinweise auf eine Rückwendung zur kollektivistischen Vergangenheit und internationaler Isolation. Gleiches gelte für die beiden Oppositionsparteien Democratic Party und Romania Mare (PRM). Hier sei weder klar, welchen Kurs diese beschreiten wollen noch ob sie sich von früherer kommunistischer Nostalgie verabschieden würden [Worldlib-News issue 199 (19.02.2001)].

Bangladesch

Am 03. Februar 2001 fand in Dhaka der erste Nationalkongreß der Liberal Party Bangladesh (LPB) unter dem Titel „Liberalism for Human Development“ statt. Als Präsident wurde Mr. Sk. Mohiuddin Ahmed wiedergewählt. Das Präsidium besteht aus dem Secretary General Mr. Al-Hay Barhanuddin, Mrs. Selina Akter Rosy (Treasurer) und Mr. Momoz Kumar Mondol (National Director). Auf dem Kongreß wurden einige Publikationen des „Liberal Institute of Liberal Democracy“, dem Think Tank der LPB präsentiert [World-lib-News issue 197 (06.02.2001)].

Österreich

Das am 04. Februar 1993 u.a. von Heide Schmidt, Dr. Friedhelm Frischenschlager u.a. gegründete Liberale Forum hat bei den Kommunalwahlen in

Wien den Einzug mit einer hohen Stimmenzahl ins Rathaus nicht geschafft. „Es hatte sich seit dem Scheitern im Bund der Hoffnung hingegeben, wenigstens in Wien seinen Platz behaupten zu können, aus dem irgendwann einmal wieder ein halbwegs lebensfähiger politischer Organismus hervorgehen sollte“ (vgl. FAZ vom 05.03.2001).

Schweiz

Bei der Volksabstimmung der Eidgenossen über Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union haben sich Anfang März 2001 drei von vier Schweizern dafür ausgesprochen, keine raschen Anstrengungen in diese Richtung zu unternehmen. Die FAZ schrieb am 06.März 2001 dazu: „Die Eidgenossen wollen nicht in die EU, sie wollen den europäischen Alleingang. Je länger der Bundesrat daher an seinem Beitrittsziel festhält, desto mehr Stimmen werden die beiden Regierungsparteien FDP (Freisinnig-Demokratische Partei) und CVP (Christlichdemokratische Volkspartei) bei den nächsten Wahlen verlieren.“

Deutschland

F.D.P.- Die deutschen Liberalen

Im folgenden wird ein Auszug über die F.D.P. aus einer empfehlenswerten und höchst interessanten Studie wiedergegeben, die zumindest zum Nachdenken anregt: Franz Walter: Die deutschen Parteien: Entkernt, ermattet, ziellos, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 10/2001, S.3- S.6 (4).

„Bei den Freien Demokraten weiß das (Anmerkung der Redaktion: woran sie glauben sollen) immerhin der Generalsekretär. Westerwelle ist gewissermaßen der letzte Ideologe im weltanschaulich sonst abgerüsteten deutschen Parteiensystem. Er weiß noch

wo der Feind ist, kennt noch das gesellschaftliche Übel, hat noch eine unbeirrte Mission. Kurzum: Er kämpft gegen grüne Aussteiger, prangert wohlfahrtsstaatliche Bevormundungen an und marschiert an der Spitze der Generation @ in die entstaatliche Freiheitsgesellschaft. So jedenfalls deutet Westerwelle sich und seinen Parteifreunden die politische Welt. Immerhin, aus der ärgsten Krise sind die Freien Demokraten herausgekommen. Doch waren sie dabei vor allem Nutznießer der Depression der CDU. Im Vergleich zu anderen liberalen Parteien in Europa, die durch die Entkollektivierungs- und Sekularisierungsprozesse ihrer Gesellschaften zu Mehrheitsparteien im bürgerlichen Lager avancierten, ist der Geländegewinn der F.D.P. bemerkenswert gering. Dem deutschen Neoliberalismus fehlen die aktiven Truppen. Gerade der klirrende Neoliberalismus des F.D.P.-Generalsekretärs hatte in den letzten Jahren einzig den Typus des allein ökonomisch denkenden Individuums im Visier: Es ging um die Erfolgreichen, die Dynamischen, die Mobilien der bundesdeutschen Gesellschaft. Die aber haben für die nun einmal träge, langsame, stockende Politik weder Zeit noch Interesse. Als Wähler mag man sie gewinnen, als Akteure fallen sie aus. Und so hat auch keine der Kampagnen, die der F.D.P.-General in den letzten Jahren medial lancierte, gesellschaftlich gezündet. Es gab keinen freidemokratisch angeführten Aufruhr des deutschen Bürgertums zur radikalen Senkung der Steuern; es gab keinen freidemokratisch durchdrungene Volksbewegung für eine liberale Bildungsreform; es gab keine freidemokratisch organisierten Demonstrationen vor Schulen und Hochschulen für die Abschaffung der Wehrpflicht. Immer war davon nur die Rede. Nie hat man irgend etwas davon zuwege gebracht. Noch also ist die Substanz der F.D.P. dünn. Noch lebt sie von der Schwäche der Union.“

Der Pressesprecher

Spezieller Service des Speakers

Der Pressesprecher der DGLI, Dirk Weissleder, bietet den einzelnen Sektionen Hilfestellung für Themensuche und Kontakte zur Ausrichtung von Veranstaltungen in den einzelnen Sektionen an.

Als Themenbereiche können angeboten werden:

- Globalisierung
- Liberalismus und Internet
- Liberalisierung: Telekommunikation
- Liberalisierung: Energiemarkt
- Die Entzifferung des Genoms – Eine Gefahr für die Menschenrechte?

Auf Wunsch ist Ihnen der Pressesprecher bei der Suche nach Material behilflich bzw. steht Ihnen als Referent zur Verfügung. Herr Weissleder ist erreichbar über E-Mail unter presse@dgli.de bzw. schriftlich: Ginssterweg 10, 30880 Laatzen.

Neuer Flyer

Dem Präsidium liegt in Kürze ein erster Entwurf für einen neuen (zusätzlichen) Flyer der Deutschen Gruppe zur Beratung vor. Das Faltpapier sollte additiv zu dem bisherigen Flyer (aus dem Jahre 1997) verwendet werden, da dieser noch in großer Anzahl vorhanden ist.

Säumige Beitragszahler

Mit Amtsantritt des neuen Präsidiums wurde der bisherige Mitgliederbestand gesichtet. Dabei kam zu Tage, daß einige Mitglieder ihre bislang säumigen Beträge noch nicht entrichtet haben.

Im Namen des Präsidiums, insbesondere des Schatzmeisters Rainer Maute, rufe ich alle Mitglieder auf, sofern

Sie noch nicht angeschrieben wurden, Ihre Unterlagen zu prüfen, ob der Mitgliedsbeitrag 1999/2000/2001 ordnungsgemäß entrichtet wurde. Weiterhin rufe ich alle Mitglieder auf, am vereinfachten Verfahren (Einzugsermächtigung) teilzunehmen. (Wenn wir Ihnen dann auch noch den LI-Kurier über E-Mail zusenden dürfen, ergibt sich eine weitere Kostenersparnis, die sich insgesamt positiv für unsere Kasse auswirkt).

Am Rande: Das liebe Geld war übrigens auch Thema beim 166. Treffen des Exekutiv Committee vom 09. bis zum 10.02.2001 in Andorra la Vella, Andorra. Es liegt hierzu ein Beschluß vor, dass die Parteien und Organisationen, die bis zum nächsten Treffen des Gremiums ihren Mitgliedsbeitrag an die Weltorganisation nicht entrichtet haben, aus der Liberal International auszuschließen sind [vgl. Worldlib-News issue 198 (11.02.2001)].

„Get the spirit of tomorrow“ oder: Die größte Messe der Welt

Unter dem Motto „Get the spirit of tomorrow“ trafen sich vom 22. bis zum 28. März 2001 die Vertreter der Informations- und Kommunikationstechnologie in Hannover zur größten Fachmesse, der CeBIT. Hier ein kurzer Bericht aus dem Epizentrum der IKT-Technologie:

Zwar ist innerhalb der vergangenen zwölf Monate die Spekulationsblase an den Börsen in aller Welt geplatzt, zwar sind die Wachstumserwartungen nicht mehr gar so exorbitant wie in der Vergangenheit, doch nach einer sehr schmerzhaften Phase der Regulierung ist die Stimmung weiterhin optimistisch, insbesondere das Wachstum des Internet scheint ungebremst. Aus diesem Grunde trug die Abschlusspresskonferenz der Deutschen Messe AG den Titel „Optimismus mit Bodenhaf-

tung“. Aus der New Economy sei mittlerweile eine „True Economy“ geworden.

Der Markt der Informations- und Telekommunikation (ITK) in Westeuropa, wo übrigens jeder Dritte ein Handy besitzt, wächst momentan deutlich über Weltniveau. Mit einem Zuwachs von 13% im Jahr 2000 läßt Europa die USA (8,2 %) und Japan (6,7 %) klar hinter sich. Für 2001 wird in Europa eine Steigerung um 11% (von 538 Mrd. Euro auf 597 Mrd. Euro) erwartet, so eine aktuelle Studie des European Information Technology Observatory (EITO). Trotz Börsendilemma, Castortransport durch Norddeutschland sowie dem alljährlichen Schneefall zur CeBIT konnte die weltgrößte Messe überhaupt einen neuen Besucherrekord vermelden: Rund 830.000 Besucher waren in der ehemaligen EXPO-Stadt zu Gast, hinzu kamen 8100 Aussteller, davon über 3000 ausländische Firmen aus 61 Nationen. Allein 161.000 Gäste kamen aus dem Ausland, die Schwerpunkte bildeten dabei Asien und Osteuropa. Der Besucheranteil aus Osteuropa wies dabei erfreuliche Wachstumswahlen auf (von 13.700 auf über 18.000 Personen).

Die CeBIT ist damit mehr als nur Technologieschau denn Ort der Kommunikation. Ein Wiedersehen gibt es vom 13. bis 20.03.2002 – in Hannover!

[Auch die DGLI erkennt die wachsende Bedeutung des Internet, insbesondere für die politische Arbeit. Aus diesem Grunde wird sich das Präsidium mit der Erarbeitung und Umsetzung einer neuen Strategie befassen].

Menschenrechte

Zur Situation der Journalisten weltweit

Im vergangenen Jahr 2000 sind weltweit 24 Journalisten (1999: 34) bei der Ausübung ihres Berufs ums Leben gekommen, 81 Medienvertreter sitzen derzeit im Gefängnis. Das US-Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) verzeichnete darüber hinaus 605 Fälle der Unterdrückung der Medien in 131 Ländern durch Anschläge, Festnahmen, Zensur und bürokratischer Behinderungen (vgl. HAZ vom 20.03.2001).

Abschied

Mitte März 2001 teilte die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte und ehemalige irische Präsidentin Mary Robinson (56) der Öffentlichkeit mit, sie strebe keine weitere vierjährige Amtszeit an. Robinsons Amtszeit endet im September. Es wird spekuliert, dass die UN-Hochkommissarin ihre Arbeit als wenig erfolgversprechend empfindet. Nach Angaben von amnesty international wird in 153 Ländern von staatlichen Akteuren gefoltert, in mehr als 80 Ländern starben im vergangenen Jahr Menschen an den Folgen grausamer Mißhandlungen; die allseits beschworene Demokratiesierungstendenz scheint wohl den Zenit überschritten zu haben ... [vgl. dazu: Bauer, Friederike: Unerwarteter Rückzug. Die Bilanz Mary Robinsons als Menschenrechtskommissarin der UN, in: FAZ vom 24.03.2001].

Biographisches

Raoul Wallenberg, *1912 in Stockholm, schwedischer Diplomat, verschollen 1945, entstammte einer bekannten Bankiersfamilie.

Zu neueren Erkenntnissen wird hier ein Bericht der FAZ vom 13.01.2001 wiedergegeben: mwe: Schwedische Zweifel am Schicksal Wallenbergs. Abschlußbericht der Kommission in Stockholm vorge-

legt/Russland beharrt auf seiner Darstellung.

„Russland und Schweden haben sich auch nach neun Jahren gemeinsamer Forschung nicht darüber verständigen können, was mit dem schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg geschehen ist, der im Januar 1945 von sowjetischen Gruppen aus Budapest nach Moskau verschleppt worden war. Es gebe keinen hinreichenden Beweis dafür, dass Wallenberg, der in Budapest durch das Ausstellen schwedischer Pässe Zehntausende Juden vor der Deportation in nationalsozialistische Konzentrationslager gerettet hatte, 1947 vom sowjetischen Geheimdienst erschossen worden sei. Dies ist der Inhalt der schwedischen Stellungnahme in dem Abschlußbericht, der von der gemeinsamen Arbeitsgruppe am Freitag in Stockholm vorgelegt wurde.

Russland hatte im November mitgeteilt, Wallenberg sei am 17. Juli 1947 im Alter von 34 Jahren, zweieinhalb Jahre nach seiner Festnahme, vom sowjetischen Geheimdienst im Gefängnis an der Ljubjanka erschossen worden. Im Dezember hatte der russische Generalstaatsanwalt Wallenberg rehabilitiert und die damaligen Anschuldigungen, er habe als Spion für Deutschland gearbeitet, für falsch erklärt. Der Vorsitzende der russischen Rehabilitationskommission, Alexander Jakowlew, hatte zugestanden, es gebe kein Dokument, das den Tod Wallenbergs im Jahre 1947 einwandfrei belege, da seine Akte offenbar vernichtet worden sei. Jedoch ließen Dokumente aus anderen Akten den Schluß zu, dass Wallenberg zu dieser Zeit erschossen worden sei.

Damit aber möchte sich Schweden nicht zufrieden geben. Die Arbeitsgruppe habe festgestellt, dass eine Reihe von „Schlüsseldokumenten in

russischen Archiven unter bislang ungeklärten Umständen verschwunden sind“, heißt es in dem Abschlußkommunique.

Offenbar verdächtigt man die russischen Behörden, wichtige Dokumente zurückzuhalten. Das angebliche Verschwinden bedeute, „dass die ungesetzlichen Handlungen der sowjetischen Behörden verschleiert werden sollen“, heißt es nach Angaben der Agentur Interfax. Tatsächlich haben die Rehabilitierungen Tausender Opfer der Stalin-Zeit in den vergangenen Jahren gezeigt, dass in den Archiven des sowjetischen Geheimdienstes die entsprechenden Akten fast in allen Fällen noch vorhanden waren.

Die russische Behauptung, Wallenberg sei 1947 erschossen worden, ist daher aus schwedischer Sicht nur eine mögliche Theorie. Man könne nicht die zahlreichen Zeugen ignorieren, die Wallenberg noch später gesehen haben wollen, unter anderem in den achtziger Jahren in einer psychiatrischen Klinik nahe Moskau. Diese Theorie geht davon aus, dass die Sowjetunion Wallenberg als „Faustpfand“ für Verhandlungen mit dem Westen versteckt gehalten habe. Der schwedische Ministerpräsident Goran Persson sagte am Freitag, es sei nicht unmöglich, dass Wallenberg noch am Leben sei; seine Regierung werde sich weiterhin um die Klärung seines Schicksals bemühen.

Nach dem Bericht hat es die schwedische Regierung nach der Festnahme Wallenbergs versäumt, auf sowjetische Angebote einzugehen, den Diplomaten gegen sowjetische Überläufer einzutauschen. Dabei geht es offenbar um einen möglichen Austausch gegen fünf nach Schweden geflohene sowjetische Seeleute oder in Schweden enttarnte Sowjetspione. Die Weigerung Schwedens war vermutlich nicht von morali-

schen Positionen bestimmt, denn das Land lieferte zur gleichen Zeit Hunderte internierte sowjetische Kriegsgefangene in die Sowjetunion aus, die dort Gefahr liefen, in Stalins Lagern zu verschwinden.

Persson sprach daher am Freitag von „Fehlern“ Schwedens und entschuldigte sich im Namen der schwedischen Regierung bei den Hinterbliebenen Wallenbergs. Die Hauptverantwortung für das Schicksal des Diplomaten trage allerdings die sowjetische Regierung. Die hatte die Festnahme Wallenbergs zunächst bestritten, 1957 aber dann behauptet, Wallenberg sei 1947 im Gefängnis „wahrscheinlich einem Herzinfarkt“ erlegen.“

Literaturhinweise

- Zur Geschichte des Liberalismus in Deutschland

Lauterbach, Ansgar: Im Vorhof der Macht. Die nationalliberale Reichstagsfraktion in der Reichsgründungszeit (1866- 1880). Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Band 873. Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 2000, 389 S., 98,- DM [siehe dazu Besprechung „Reichsgründungspartei. Die Ein-Mann-Exekutive und die Nationalliberalen im Reichstag“, von Biefing, Andreas in: FAZ vom 14.02.2001].

- Menschenrechte

von Arnim, Gabriele/Deile, Volkmar/Hutter, Franz-Josef/Kurtenbach, Sabine/Tessmer, Carsten (Hrsg.): **Jahrbuch Menschenrechte 2001**, suhrkamp-taschenbuch 3168, Frankfurt am Main 2000, 415 S., 19,90 DM [siehe dazu Besprechung „Schärfung des Gewissens“ von Erich Röper in: Das Parlament vom 19.01.2001].

- Europa

Schubert, Klaus/Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg.): Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik, Opladen 2000, 290 S., 48,- DM.

Tibi, Bassam: **Europa ohne Identität?** Die Krise der multikulturellen Gesellschaft, München 2000, 394 S., 20,- DM [siehe dazu Besprechung: „Dialog statt unverbindlicher Multikulti“ von Eduard Gloeckner in: Das Parlament vom 19.01.2001].

Pressespiegel

Über unsere Mitgliederversammlung in Oberschleißheim bei München vom 17. bis zum 19.11.2000 wurden folgende Berichte veröffentlicht:

1) sh: Waegner (FDP) als Beisitzerin wiedergewählt, in: Miesbacher Merkur vom 23.11.2000.

2) more: Waegner von Liberalen wiedergewählt, in: SZ Holzkirchen vom 23.11.2000.

3) ands: Tagung der Liberalen, in: Süddeutsche Zeitung, Ausgabe Nord vom 23.11.2000.

4) mm: Internationale Liberale tagen in Oberschleißheim, in: Münchner Merkur vom 13.12.2000.

5) Zu unserer Präsidiumssitzung berichtete der Heilbronner Express am 21.02.2001: Deutsche Gruppe der Liberal International tagte im Haus des Handwerks. „Heilbronner Erklärung“ zu Menschenrechten (N.N.).

Termine

23.-27.04.2001: Sitzung des Europarates in Straßburg.

04.-06.05.2001: F.D.P. Bundesparteitag in Düsseldorf.

05.05.2001: Treffen des Präsidiums der Deutschen Gruppe der LI in Düsseldorf (Europatag).

09.-10.11.2001: LI Exekutiv Komitee in Kopenhagen.

21.-23.03.2002: 51. Kongress der Liberal International in der ungarischen Hauptstadt Budapest.

Letzte Meldung

Emmi Weiß, Vorsitzender der Sektion Franken plant für interessierte Mitglieder eine Gruppenreise nach Litauen. Ziele sind u.a. Vilnius, Kaunas, Memel sowie die Kurische Nehrung. Die Kosten sind abhängig von der Teilnehmerzahl. Nähere Informationen direkt unter Tel. 09122 – 2586, Fax 13960.

„Der Wandel ist das Gesetz des Lebens“.

John F. Kennedy (1917- 1963)

Impressum

LI-Kurier

Offizielles Mitteilungsblatt der Deutschen Gruppe der Liberal International und der liberalen Bewegung für ein vereintes Europa (DGLI)
Erscheinungsweise: dreimal jährlich.
Nachdruck und Kopie nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Geschäftsstelle und Anschrift der Redaktion

Deutsche Gruppe der Liberal International (DGLI)
Minheimer Str.47 * 13465 Berlin
Tel.: 030- 401 7113 * Fax: 030- 406- 36093
E-Mail: info@dgli.de * www.dgli.de

Redaktion des LI-Kuriers sowie der Online-Redaktion:

Jörg Paschedag, Generalsekretär * sec-gen@dgli.de

Dirk Weissleder, Pressesprecher * presse@dgli.de

Beiträge an die Redaktion bitte über E-Mail oder an die obige Postadresse unserer Geschäftsstelle.